

Nach „Luxemburg-Leaks“ und „Panama-Papers“ nun also die „Paradise-Papers“. Einer Vereinigung von investigativen Spitzenjournalisten ist es gelungen, auf der Grundlage von 13,4 Mio. Dokumenten massive Steuerflucht aufzudecken. Die Paradise-Papers enthüllen, wie sich Firmen und Promis vor dem Fiskus drücken. Die Recherche führt ins Kabinett von US-Präsident Trump, in den Kreml, zur Queen, zu Großkonzernen wie Twitter und Facebook, Herstellern wie Adidas und Nike, zu Hollywood-Größen und Pop-Idolen.

„Wer viel Geld hat, hat auch viel soziale Verantwortung“.

Die Daten der „Paradise Papers“ sind die der Kanzleien Appleby und Asiaciti Trust. Spezialisten wie diese helfen ihren Kunden, ihr Geld auf legalem Weg in Steueroasen zu führen. Der Ökonom Gabriel Zucman schätzt, dass Superreiche auf diese Weise rund 7,9 Billionen Euro an der Steuer ihres Landes vorbei geparkt hätten. Mit diesem Geld könnte man alle Menschen, die Hunger leiden, rund 61 Jahre lang ernähren. Oder jedem Menschen auf der Welt gut 1.000 Euro auf die Hand geben. Oder weltweit alle Kinder, die keinen Zugang zu Bildung haben, knapp viereinhalb Jahre lang in eine Schule schicken, die mitteleuropäischen Standards entspricht. Die Paradise-Papers erzählen von Menschen und Firmen, die sich entziehen. Meist der Steuerpflicht, in jedem Fall aber ihrer gesell-



sonntag

Sonntag, 12. November 2017 – Nr. 219

Wirtschaft
quer

von Stefan Perini
(Direktor AFI)



Die Schurken

„Paradise Papers“: Wie sich Weltkonzerne und eine Handvoll Superreiche auf dreiste Weise ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

schaftlichen Verantwortung. Dies geschieht mit der größten Selbstverständlichkeit. Steueroasen sind längst der Treffpunkt des „Oberen 1%“. Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn tut gut daran, der Queen nahezu legen, sie möge sich entschuldigen: Es sei moralische Pflicht eines jeden, die Steuern im eigenen Land zu zahlen, und zwar in vollem Umfang.

Aufdeckungen wie diese treffen eine Gesellschaft, die sich dramatisch entsolidarisiert. Hier die Superreichen außerhalb des nationalen Rechts, dort die Menschen, die normal verdienen und an dieser Parallelwelt weder teilhaben können noch wollen. Es entgehen Milliarden an Steuern, die fehlen, um Krankenhäuser und Schulen zu bauen, Krippenplätze zu schaffen

oder Straßen sicherer zu machen. Die Handlungsoptionen der Politik sind dann nur mehr zwei: Noch mehr Schulden machen oder Leistungen kürzen. Getan wird oft das Letztere.

Der alte Klassenkampf ist Geschichte. Alles spricht für einen ganz neuen: Das oberste 1% gegen die anderen 99%. Bewegungen wie „Occupy“ sind Anzeichen dafür.

